

Freie Presse

Parlamentarische Ausgabe

Berlin
21. November 1902

Für den Monat Dezember

werden Abonnements zum Preise von 1 Mk. 25 Pfg. bei allen Postanstalten des Deutschen Reichs entsandt, wenn auf das Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung mit Effekten-Verlosungsliste und seinen 6 wertvollen kostenlosen wöchentlichen Zeitschriften:

- Zeitgeist**, wöchentliche u. feuilletonistische Zeitschrift.
- Technische Rundschau**, illustriertes polytechnisches Fachblatt.
- Der Weltspiegel**, illustrierte Zeitschrift (wöchentlich 2 mal).
- ULK**, farbig illustriertes satirisch-politisches Diptillat.
- Haus Hof Garten**, wöchentliches f. Garten- u. Hauswirtschaftsblatt.

In Berlin abonniert man zum Preise von 2 Mark pro Monat bei täglich postamtlicher Zustellung in der Expedition, Postamtstraße 48-49, sowie beim Verleger, in Potsdam, Poststraße 108, Eduard Feiler, Tel. 119, Postamtstr. 43, Eingang Südwest, Bldstr. 66-67, Prinzengraben 41, Eingang Südost 138, Schiffbauerdamm 1, Dr. Franz Juchacz.

Fernsprech-Anschluss an sämtliche Bureaus.
Gegenwärtig mehr als
75 000 Abonnenten!

Deutscher Reichstag

218. Sitzung am 20. November, 1 Uhr.
Am Abende des Bundeshaushalts: Preussischer Minister des Inneren v. Hammerstein.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung. Die Beratung des Zolltarifgesetzes wird fortgesetzt bei dem von der Kommission neu eingelegten § 10a, der die fiktive Steuer des Abzuges von Waren und die Abzugssteuer des Abzuges von Waren und die Abzugssteuer des Abzuges von Waren...

Die Abgeordneten des Reichstages sind für die Erörterung des Haushaltsplans der Reichsregierung für das Jahr 1903/04 bereit. Der Reichspräsident hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Reichsbudgets für das Jahr 1903/04 vorgelegt...

Die Abgeordneten des Reichstages sind für die Erörterung des Haushaltsplans der Reichsregierung für das Jahr 1903/04 bereit. Der Reichspräsident hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Reichsbudgets für das Jahr 1903/04 vorgelegt...

Die Abgeordneten des Reichstages sind für die Erörterung des Haushaltsplans der Reichsregierung für das Jahr 1903/04 bereit. Der Reichspräsident hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Reichsbudgets für das Jahr 1903/04 vorgelegt...

Die Abgeordneten des Reichstages sind für die Erörterung des Haushaltsplans der Reichsregierung für das Jahr 1903/04 bereit. Der Reichspräsident hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Reichsbudgets für das Jahr 1903/04 vorgelegt...

Die Abgeordneten des Reichstages sind für die Erörterung des Haushaltsplans der Reichsregierung für das Jahr 1903/04 bereit. Der Reichspräsident hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Reichsbudgets für das Jahr 1903/04 vorgelegt...

Die Abgeordneten des Reichstages sind für die Erörterung des Haushaltsplans der Reichsregierung für das Jahr 1903/04 bereit. Der Reichspräsident hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Reichsbudgets für das Jahr 1903/04 vorgelegt...

Die Abgeordneten des Reichstages sind für die Erörterung des Haushaltsplans der Reichsregierung für das Jahr 1903/04 bereit. Der Reichspräsident hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Reichsbudgets für das Jahr 1903/04 vorgelegt...

stener zu erheben, aber das in der Gemeinde selbst gebrauchte Bier, das man nur durch die Maßsteuer lassen kann, soll zur Bekämpfung nicht herangezogen werden können. Dieser Antrag inbetracht direkt den Subventionen und preussischen gesetzlichen Vorschriften. Es geht nicht an, daß eine Gemeinde einen Schulzoll für ihre einheimischen Brauereien einführen kann. Nun wird gesagt, unter Antrag bedinge eine Herabsetzung des Verbrauchs der Brauereien. Aber, meine Herren, was verschlägt denn das? Ich glaube, wenn das Schicksal des Zolltariffs von diesen § 10a abhängt, wird jede Regierung es sich überlegen, an diesem Paragraphen Anstoß zu nehmen. (Beifall links.)

Die Frage der fiktiven Steuer ist die hier zur Beratung steht, ist schon in der Kommission Gegenstand der eingehenden Erörterung gewesen. Die verbundenen Regierungen sind nach wie vor der Ansicht, daß es sich bei diesen § 10a um eine Verfassungsänderung handelt. Ich habe dieser Auffassung der verbundenen Regierungen in der Kommission in einer Erklärung Ausdruck gegeben, die Ihrem Kommissionsbericht beigegeben ist. Die verbundenen Regierungen haben auch sehr ernste Bedenken dagegen, eine solche Verfassungsänderung herbeizuführen. Sie haben Änderung des Gesetzes im Hinblick auf die fiktive Steuer (Beifall links.)

Die verbundenen Regierungen haben auch sehr ernste Bedenken dagegen, eine solche Verfassungsänderung herbeizuführen. Sie haben Änderung des Gesetzes im Hinblick auf die fiktive Steuer (Beifall links.)

Die verbundenen Regierungen haben auch sehr ernste Bedenken dagegen, eine solche Verfassungsänderung herbeizuführen. Sie haben Änderung des Gesetzes im Hinblick auf die fiktive Steuer (Beifall links.)

Die verbundenen Regierungen haben auch sehr ernste Bedenken dagegen, eine solche Verfassungsänderung herbeizuführen. Sie haben Änderung des Gesetzes im Hinblick auf die fiktive Steuer (Beifall links.)

Die verbundenen Regierungen haben auch sehr ernste Bedenken dagegen, eine solche Verfassungsänderung herbeizuführen. Sie haben Änderung des Gesetzes im Hinblick auf die fiktive Steuer (Beifall links.)

Die verbundenen Regierungen haben auch sehr ernste Bedenken dagegen, eine solche Verfassungsänderung herbeizuführen. Sie haben Änderung des Gesetzes im Hinblick auf die fiktive Steuer (Beifall links.)

Die verbundenen Regierungen haben auch sehr ernste Bedenken dagegen, eine solche Verfassungsänderung herbeizuführen. Sie haben Änderung des Gesetzes im Hinblick auf die fiktive Steuer (Beifall links.)

Die verbundenen Regierungen haben auch sehr ernste Bedenken dagegen, eine solche Verfassungsänderung herbeizuführen. Sie haben Änderung des Gesetzes im Hinblick auf die fiktive Steuer (Beifall links.)

Die verbundenen Regierungen haben auch sehr ernste Bedenken dagegen, eine solche Verfassungsänderung herbeizuführen. Sie haben Änderung des Gesetzes im Hinblick auf die fiktive Steuer (Beifall links.)

Die verbundenen Regierungen haben auch sehr ernste Bedenken dagegen, eine solche Verfassungsänderung herbeizuführen. Sie haben Änderung des Gesetzes im Hinblick auf die fiktive Steuer (Beifall links.)

Die verbundenen Regierungen haben auch sehr ernste Bedenken dagegen, eine solche Verfassungsänderung herbeizuführen. Sie haben Änderung des Gesetzes im Hinblick auf die fiktive Steuer (Beifall links.)

Die verbundenen Regierungen haben auch sehr ernste Bedenken dagegen, eine solche Verfassungsänderung herbeizuführen. Sie haben Änderung des Gesetzes im Hinblick auf die fiktive Steuer (Beifall links.)

Die verbundenen Regierungen haben auch sehr ernste Bedenken dagegen, eine solche Verfassungsänderung herbeizuführen. Sie haben Änderung des Gesetzes im Hinblick auf die fiktive Steuer (Beifall links.)

Die verbundenen Regierungen haben auch sehr ernste Bedenken dagegen, eine solche Verfassungsänderung herbeizuführen. Sie haben Änderung des Gesetzes im Hinblick auf die fiktive Steuer (Beifall links.)

Die verbundenen Regierungen haben auch sehr ernste Bedenken dagegen, eine solche Verfassungsänderung herbeizuführen. Sie haben Änderung des Gesetzes im Hinblick auf die fiktive Steuer (Beifall links.)

Die verbundenen Regierungen haben auch sehr ernste Bedenken dagegen, eine solche Verfassungsänderung herbeizuführen. Sie haben Änderung des Gesetzes im Hinblick auf die fiktive Steuer (Beifall links.)

Minister zum Schluss, abgesehen von Zoll- und anderen Fragen, das was die nötigen Lebensmittel nicht mit 15 Millionen Mark belasten dürfen. Die Theorie, die der Minister vertreten hat, das die indirekte Steuer die Steuern ist, kann nur durch die Steuer, der die Entwicklung der Volkswirtschaft nicht verzögert hat. Durch die direkte Steuer soll eben dem Steuerzahler das Bewusstsein seiner Pflichten als Steuerzahler erweckt werden. Die Theorie, die der Minister für seine Verordnungen herangezogen hat, treffen gar nicht zu. Mit dieser Theorie kann man jeden Lebensmittelpreis verteidigen und beweisen, dass die Preise nicht steigen. Der Minister möge sich von seinen eigenen Theorien lösen und sich für die Erhaltung der Getreidepreise eine Preisobergrenze erwidern. Daraus folgt, dass der Zoll nicht vom Ausland getragen wird, sondern von dem Inlande. Der Minister wird nachher wieder zu viel für den Getreidezoll gesprochen haben, mit seiner Theorie nutzlos Eindruck machen. Ich gehe nun zu dem die Arbeitslosen 60 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben müssen. Ja, da wiederum ist nicht, dass die Steuern von der Regierung nicht die Schuldfolger sind, dass es notwendig ist, geeigneter solchen Zuständen mit einer solchen Zolltarifvorlage die Lebensmittel noch weiter zu verteuern. Der Minister hat auf die Aufhebung der Steuernachlässe und die Steuern eingeworfen. Ja, wenn er der Meinung ist, dass die Einkommen unter 500 Mark den Auskauf tragen sollen, dann ist es mit seiner Idee für die Arbeiter nicht weit her. Das der preussische Minister des Innern von der Autonomie der Gemeinden spricht, ist so hoch tonend, so neu, dass man sich verwundern muss, wie der preussische Minister den Witz hat, diesen Satz anzupreisen. Man schreit hoch die Selbstverwaltung der Gemeinden nicht dadurch, dass man ihnen das Recht läßt, die notwendigen Lebensmittel zu beschaffen. Ist dem Minister nicht bekannt, dass in Potsdam und Breslau trotz der Kommunalabgaben die Einkommen von 600-800 Mark die Selbstverwaltung der Gemeinden nicht zuliegen die Zahlen aus einer Anzahl Städte vor aus denen zu erschließen ist, wie hoch die Verbrauchssteuer die Arbeiterfamilien belasten. Man lasse der Minister, wie seien alle Menschen und legen die Steuern Steuererträge nicht auf die hohe Hand. Das ist doch eine Theorie, mit der man in der Verfassung nicht ernsthaft vorgehen kann. Der Minister sagt, seine Regierung wolle dem armen Mann gern helfen und doch bringt seine Regierung die Zolltarifvorlage ein, die das Gegenteil davon bedeutet. Wenn die Gemeinden einen Aufstand nicht erklären dürfen, dann dürfen sie ihnen der Staat Zuschüsse gewähren. Die armen Einwohner dürfen aber nicht noch dafür bestraft werden, dass sie in leistungsunfähigen Gemeinden wohnen. Eine Politik, wie sie der Minister vorschlägt, ist nicht mit dem Zolltarif zu vereinbaren, nicht aber mit Gerechtigkeit und Humanität.

Die Petitionen zur Einführung des § 10a sind hauptsächlich von Vertretern des Mittelstandes ausgegangen; so ist zum Beispiel auch eine solche eingekommen, die von dem Arbeiterverband der Eisen- und Stahlwerke in der Gemeinde von Oertritz, was ihnen die für die Beibehaltung der Örtlichkeit. Was nützen uns alle Schulen, wenn das Volk nicht im Stande ist, die Schulen zu ernähren? Gerechtigkeit können wir nicht verlangen, es ist nicht mit dem Zolltarif, wenn das Volk aufgeben werden, indem dann die Kapitalisten in den Städten mehr herangezogen werden müssen. Das halten wir aber für einen Vorbehalt. Der Minister will offenbar eine Vermehrung anstellen für die Einführung von § 10a, die der Örtlichkeit zulassen, so ist das wenigstens ein Vorbehalt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Republikanischer Ministerialdirektor Ritter v. Seiger geht ausführlich auf die Verhältnisse in den verschiedenen Städten ein. Die hohen Zölle in einzelnen Städten aber schwer verständlich. Wenn die städtischen Örtlichkeiten aufgehoben werden, so müssten die städtischen Örtlichkeiten in München um 11 Prozent, in Wien um 20 Prozent, in Würzburg um 40 Prozent und in Straßburg um 50 Prozent herabgesetzt werden. Wenn die Örtlichkeit erlosche, dann ist die sozialdemokratische Forderung, den ganzen § 10a abzuschaffen.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Die Frage ist mehr praktisch als theoretischer Natur. Es läßt sich leicht vorstellen, dass nicht weniger, dass die Örtlichkeit preissteigernd wirken, man mag die Statistik sehen, wie man will. Das kann man aber anerkennen und trotzdem für höhere Getreidepreise eintreten. Denn diese städtischen Zölle sind keine Schutzzölle, sondern sie sind ein Mittel, um die Bevölkerung der städtischen Örtlichkeiten zu erhalten. Wenn die Örtlichkeit erlosche, dann ist die sozialdemokratische Forderung, den ganzen § 10a abzuschaffen.

Abg. v. Kardorff (sp.): Nachdem zwei Minister gegen die Kommissionsbeschlüsse gesprochen haben ist es klar, dass der Bundesrat die Bestimmungen nicht annehmen wird. Es ist für den Kommissionsausgang da wir mit der Mehrheit abgeben wollen, dass der Zolltarif zu Stande kommt. Wir müssen uns auch Rücksicht nehmen auf die Regierung. (Woh! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Bestimmungen nicht annehmen werden, dann ist die sozialdemokratische Forderung, den ganzen § 10a abzuschaffen. Es ist anders machen. Wir werden bald vorgehen, dass für den Fall der Annahme des § 10a in den Paragrafen eingefügt wird: vom 1. Januar 1910 ab. (Beifall rechts.)

Abg. Gohrin (fr. Sp.): Die Abg. Paasche erklärt seine Fraktionsmitglieder stimmen gegen den § 10a, gleichzeitig aber für die Einführung der indirekten Steuer. Die indirekte Steuer ist ein Mittel, um die Bevölkerung der städtischen Örtlichkeiten zu erhalten. Wenn die Örtlichkeit erlosche, dann ist die sozialdemokratische Forderung, den ganzen § 10a abzuschaffen. Es ist anders machen. Wir werden bald vorgehen, dass für den Fall der Annahme des § 10a in den Paragrafen eingefügt wird: vom 1. Januar 1910 ab. (Beifall rechts.)

Kollektivbraten erwidert und zu wenig von Gleich und Fett. Wir müssen den Verbrauch von Fleisch Fett, Eier u. v. m. steigen. In erster Reihe bei der Industrieerzeugung, dann aber auch in der Landwirtschaft. Die indirekte Steuer ist ein Mittel, um die Bevölkerung der städtischen Örtlichkeiten zu erhalten. Wenn die Örtlichkeit erlosche, dann ist die sozialdemokratische Forderung, den ganzen § 10a abzuschaffen. Es ist anders machen. Wir werden bald vorgehen, dass für den Fall der Annahme des § 10a in den Paragrafen eingefügt wird: vom 1. Januar 1910 ab. (Beifall rechts.)

Der Abg. Gerold fasste aus, und es ist bezeichnend, dass er dabei bloß auf den linken Fall stand, dass die indirekten Steuern den kleinen Mann am stärksten belasten, was wohl auch der Minister tatsächlich sagen wollte, als er ausrief, dass jede Vertheuerung der Lebensmittel den kleinen Mann schwerer trifft als den Wohlhabenden. Wenn nun dies der Fall ist, so müssen wir gerade im Interesse der niederen Klassen den Örtlichkeiten abschaffen; allerdings haben wir ja beim Vertheuern der Lebensmittel den Wohlhabenden den Vorteil, dass der Örtlichkeit am meisten über der Örtlichkeit erlosche, dann ist die sozialdemokratische Forderung, den ganzen § 10a abzuschaffen. Es ist anders machen. Wir werden bald vorgehen, dass für den Fall der Annahme des § 10a in den Paragrafen eingefügt wird: vom 1. Januar 1910 ab. (Beifall rechts.)

Der Abg. Gerold hat, neben hohen Nahrungspreisen, die indirekten Steuern fester sein als indirekte, aber in der Praxis sei es nicht, — bis jetzt habe ich angenommen, dass was in der Praxis ist, das ist auch in der Theorie. (Beifall rechts.) Nun, es geht ein hoher Grad von Unwissenhaftigkeit dazu, um zu behaupten, dass etwas in der Theorie richtig, in der Praxis aber falsch sei, und ich frage mich, das Sie (auch rechts) hier dieses Betragen von Unwissenhaftigkeit zeigen. Der Minister sagt die Länge von der direkten Steuer auf dem Papier ganz schön — ich habe allerdings Papierstärke nicht noch nicht gehört (Beifall), tatsächlich liegt die Länge aber, glaube ich, so, dass die Wohlhabenden lieber indirekte Steuern zahlen, als direkte. (Beifall rechts.) Das ist wohl treffen, doch aber aus dem gleichen Grunde die Unmittelbarkeit die direkten Steuern vorziehen. (Sehr richtig!) Für die Finanzprognosen unserer Städte ist es sehr bedauerlich, dass es sich nicht um die Höhe der Steuern handelt, sondern um die Vertheuerung der Lebensmittel. Die indirekten Steuern sind ein Mittel, um die Bevölkerung der städtischen Örtlichkeiten zu erhalten. Wenn die Örtlichkeit erlosche, dann ist die sozialdemokratische Forderung, den ganzen § 10a abzuschaffen. Es ist anders machen. Wir werden bald vorgehen, dass für den Fall der Annahme des § 10a in den Paragrafen eingefügt wird: vom 1. Januar 1910 ab. (Beifall rechts.)

Am 11. d. M. ist der Reichstag in der 10. Sitzung abgehalten worden. Die Verhandlungen über den Antrag des Abgeordneten v. Kardorff zur Einführung der indirekten Steuer sind im Wesentlichen beendet. Der Reichstag hat sich für die Einführung der indirekten Steuer ausgesprochen. Die indirekte Steuer ist ein Mittel, um die Bevölkerung der städtischen Örtlichkeiten zu erhalten. Wenn die Örtlichkeit erlosche, dann ist die sozialdemokratische Forderung, den ganzen § 10a abzuschaffen. Es ist anders machen. Wir werden bald vorgehen, dass für den Fall der Annahme des § 10a in den Paragrafen eingefügt wird: vom 1. Januar 1910 ab. (Beifall rechts.)

berworfen des Centrum und der Konfessionen. Die die Erklärung des Centrum für die Einführung der indirekten Steuer ist ein Mittel, um die Bevölkerung der städtischen Örtlichkeiten zu erhalten. Wenn die Örtlichkeit erlosche, dann ist die sozialdemokratische Forderung, den ganzen § 10a abzuschaffen. Es ist anders machen. Wir werden bald vorgehen, dass für den Fall der Annahme des § 10a in den Paragrafen eingefügt wird: vom 1. Januar 1910 ab. (Beifall rechts.)

Die indirekte Steuer ist ein Mittel, um die Bevölkerung der städtischen Örtlichkeiten zu erhalten. Wenn die Örtlichkeit erlosche, dann ist die sozialdemokratische Forderung, den ganzen § 10a abzuschaffen. Es ist anders machen. Wir werden bald vorgehen, dass für den Fall der Annahme des § 10a in den Paragrafen eingefügt wird: vom 1. Januar 1910 ab. (Beifall rechts.)

Die indirekte Steuer ist ein Mittel, um die Bevölkerung der städtischen Örtlichkeiten zu erhalten. Wenn die Örtlichkeit erlosche, dann ist die sozialdemokratische Forderung, den ganzen § 10a abzuschaffen. Es ist anders machen. Wir werden bald vorgehen, dass für den Fall der Annahme des § 10a in den Paragrafen eingefügt wird: vom 1. Januar 1910 ab. (Beifall rechts.)

Parlamentarische Nachrichten.

Der Reichstag hat sich für die Einführung der indirekten Steuer ausgesprochen. Die indirekte Steuer ist ein Mittel, um die Bevölkerung der städtischen Örtlichkeiten zu erhalten. Wenn die Örtlichkeit erlosche, dann ist die sozialdemokratische Forderung, den ganzen § 10a abzuschaffen. Es ist anders machen. Wir werden bald vorgehen, dass für den Fall der Annahme des § 10a in den Paragrafen eingefügt wird: vom 1. Januar 1910 ab. (Beifall rechts.)

Deutschland.

Die indirekte Steuer ist ein Mittel, um die Bevölkerung der städtischen Örtlichkeiten zu erhalten. Wenn die Örtlichkeit erlosche, dann ist die sozialdemokratische Forderung, den ganzen § 10a abzuschaffen. Es ist anders machen. Wir werden bald vorgehen, dass für den Fall der Annahme des § 10a in den Paragrafen eingefügt wird: vom 1. Januar 1910 ab. (Beifall rechts.)

Das Befinden Kaiser Franz Josephs.

(Telegramm unseres Korrespondenten.) Wien, 20. November. Der Kaiser hat seit Einzug vorer Woche Seine Schlingen nicht verlassen... (Text continues with details of the Emperor's health and activities.)

Einen unerbittlichen Vorstoß hat die Vorlage aber gehabt, sie hat den Boden abgegeben, auf dem sich alle liberalen Elemente einzigen konnten... (Text discusses the political stance of liberal elements.)

Zur englischen Unterrichtsverlage.

(Von unserem Korrespondenten.) London, 17. November.

Die Aufgabe, die Unterrichtsverwaltung hat zu erfüllen, ist von so weittragender Bedeutung, von so tief einschneidender Wirkung auf gegenwärtige und zukünftige Generationen, daß uns deren erfolgreiche Lösung vom reinen Parteistandpunkt aus weder ratsam noch möglich scheint... (Text discusses the challenges of the education system.)

TELEGRAMME.

Wien, 20. November. (Privat-Telegramm.) Die fidele Mission, die die Freischauung König Georgs zu motivieren hat, wurde heute durch den Minister des Auswärtigen vom König vorgeföhrt... (Text reports on the mission and other telegrams.)

Handels-zeitung.

Die Neue Gas-Aktien-Ges. hat im Geschäftsjahre 1901/1902 aus dem Betriebe einen Reingewinn von 41.889 M. erzielt, aus dem eine Dividende von 6 Pfd. auf je Aktie geschlagen... (Text reports on the financial results of the gas company.)

Unter dem Vorhabe des Bischofs von London und anderer hochgelehrter Wissenschaftler der Kirche hat hier eine fast beständige Veramantung der Albert Hall stattgefunden, die namentlich gegen ein von der Regierung angenommenes Amendement protestierte, wonach die Beaufichtigung des Religionsunterrichts in den Kirchenschulen nicht ausschließlich in den Händen der Geistlichkeit, sondern in denen der Aufsichtsdirektoren liegen sollte... (Text discusses the controversy over religious education.)

Table of financial data and stock prices including Breslau, Deutsche-Gussfabrik, Mainz-Schifferei, etc.

Auswärtige Waaren-Telegramme.

Bremen, 20. Nov. Schmalz. Sehr fest. Loco Tabacs und Firkins 62... (Text reports on international market prices for goods like wool and tobacco.)

FAMILIEN-NACHRICHTEN.

Gebürtens: Ein Sohn: Gen. Conrath Freiherr v. Tolffmann (Gebürtens H.H.). Ein Sohn: Oederer (H.H.). Ein Sohn: Wilhelm... (Text lists various family notices including births and marriages.)

Kaffee geröstete Kaffees advertisement with logo and contact information for F. B. Zuntz & Co.

Auswärtige Fonds-Telegramme.

Table of international financial news including London, Paris, Vienna, and other market reports.

HANDARBEITEN advertisement for sewing machine parts and accessories.

Mailand Hotel Métropole advertisement highlighting its central location and amenities.

HOTEL HABIS, ZÜRICH advertisement for a modern hotel with excellent service.

HOTEL ERNST, KÖLN advertisement for a hotel near the station.

Dr. Franz Josef Bitterwasser advertisement for a medicinal tonic.

